

„Sind Minister der Bundesregierung käuflich, Herr Weimer?“

Von **Lennart Pfahler, Lars Petersen**

Veröffentlicht am 18.11.2025 | Lesedauer: 4 Minuten



Gegen Wolfram Weimer und seine Weimer Media Group stehen schwere Vorwürfe im Raum

Quelle: Bernd von Jutrczenka/dpa

Kulturstatsminister Wolfram Weimer steht massiv unter Druck: Seine Weimer Media Group hatte laut Medienbericht Geschäftsleuten Zugang zu Spitzenpolitikern auf dem Ludwig-Erhard-Gipfel angeboten, wenn sie viel Geld zahlen. AfD, SPD, Grüne und Linke fordern von Weimer Aufklärung.

Seit Jahren lädt die Weimer Media Group einmal jährlich zum Ludwig-Erhard-Gipfel. Am bayerischen Tegernsee treffen Unternehmer, Journalisten und Spitzenpolitiker zusammen. Es geht um den politischen Austausch – und womöglich auch um Einfluss auf Entscheidungsträger.

Denn wie das Portal „Apollo News (<https://apollo-news.net/abendessen-mit-ministern-fuer-80-000-euro-wolfram-weimers-unternehmen-verkauft-einfluss-auf-politische-entscheidungstraeger/>)“ recherchiert hat, bietet die Weimer Media Group Geschäftsleuten die Möglichkeit, gegen Zahlungen von Zehntausenden Euro nicht nur positive Medienbegleitung durch Publikationen des Verlagshauses zu erhalten – sondern auch Zugang zu den anwesenden Spitzenpolitikern.

Brisant: Die Weimer Media Group gehört weiterhin zur Hälfte Kulturstaatsminister Wolfram Weimer, der bei seiner Ernennung ins Regierungsamt lediglich als Geschäftsführer zurücktrat. Diesen Posten hat nun alleinig Weimers Ehefrau inne. Die Einnahmen des Unternehmens kommen am Ende Weimer trotzdem zugute.

Profitiert ein Mitglied der Bundesregierung also von einem Verkauf exklusiver Zugänge? WELT konnte Weimer schriftlich mit fünf Fragen konfrontieren.

WELT: Herr Weimer, Ihre Firma wirbt laut „Apollo News“ damit, dass Teilnehmer im Rahmen des Ludwig-Erhard-Gipfels gegen eine Zahlung von 80.000 „Einfluss auf politische Entscheidungsträger“ nehmen können. Sind Minister der Bundesregierung käuflich?

Wolfram Weimer: Exakt seit meiner Eröffnungsrede der Buchmesse in Frankfurt greifen rechte Portale wie „Nius“ und „Apollo News“ mich an. Mal wird einem meiner ehemaligen Medien Urheberrechtsverletzungen vorgeworfen, mal wird die Verlagspreisverleihung verunglimpft. Die rechten Netzwerke orchestrieren jedes Mal Kampagnen, und die AfD politisiert es hernach. Es ist politisch ziemlich durchschaubar. Die Rechten setzen gezielte Diffamierung als Waffe der politischen Auseinandersetzung ein. Natürlich sind Minister nicht käuflich. Das sind nicht zutreffende Behauptungen, gegen die juristisch vorgegangen werden wird. Medienanwalt Prof. Christian Schertz ist nun eingeschaltet worden.

WELT: Allein der Anschein einer Käuflichkeit von Regierungsmitgliedern ist problematisch. Auch die SPD war in der Vergangenheit in die Kritik geraten, weil sie „Parlamentarische Abende“ oder Teilnahmen an der „Spargelfahrt“ des Seeheimer Kreises gegen Geld vermarktete. Warum setzen Sie das öffentliche Vertrauen in die Politik für persönliche finanzielle Interessen aufs Spiel?

Weimer: Das tue ich nicht, und eine solche Unterstellung weise ich klar zurück. Ich war auf dem vergangenen Ludwig-Erhard-Gipfel nicht zugegen. Ich habe den Verlag mit Eintritt in die Regierung verlassen, mein Geschäftsführermandat niedergelegt und das im Handelsregister eintragen lassen. Ich habe dort keine Funktionen, auch kein Beratermandat. Die Stimmrechte als Gesellschafter werden vertraglich von der Mitgesellschafterin ausgeübt. Damit verhalte ich mich nicht nur konform zu den gesetzlichen Anforderungen, sondern gehe in der Abgrenzung darüber – an das für eine GmbH mögliche – hinaus. Es gibt eine glasklare Trennung zwischen meiner Tätigkeit als Minister und der meiner Frau als Geschäftsführerin und Verlegerin der Weimer Media Group. Wir haben den Ludwig-Erhard-Gipfel vor vielen Jahren zusammen gegründet und seit ich in die Politik gewechselt bin, macht sie ihren bisherigen Job weiter. Sie hat übrigens schon lange vor mir als Verlegerin gearbeitet.

WELT: Sind Sie als Anteilseigner der Weimer Media Group und Ehemann der Geschäftsführerin zuvor über die Inhalte der an potenzielle Partner versandten Unterlagen informiert gewesen? War dies ein Einzelfall, oder wurden im Zuge des „Frankfurt Finance and Future Summit“ 2025 ähnliche Angebote versandt?

Weimer: Ich habe darüber keine Kenntnis und auch ehrlicherweise keine Zeit dafür. Ich war auch nicht als Teilnehmer auf dem Frankfurt Finance and Future Summit. Seit meiner Ernennung zum Staatsminister habe ich keinen aktiven Part mehr in der Weimer Media Group. Es gelten die Regeln des Bundesministergesetzes.

WELT: Wäre es nicht sinnvoller gewesen, die genannten Gipfel der Weimer Media Group auszusetzen, solange Sie Mitglied der Bundesregierung sind?

Weimer: Das käme einem Berufsverbot für meine Frau nahe, die den Gipfel über viele Jahre aufgebaut und geführt hat. Andersherum gedacht: Wenn Familienunternehmerinnen, Handwerker oder Ärzte ihre Unternehmen komplett einstellen oder verkaufen müssten, nur weil Sie eine Zeitlang ein politisches Mandat annehmen, dann würden keine Praktiker mehr in die Politik wechseln. Kann man das ernsthaft wollen?

WELT: Haben Sie oder Ihre Mitarbeiter aktiv geholfen, Teilnehmer für den Ludwig-Erhard-Gipfel 2026 oder die Frankfurt Finance and Future Summit 2025 zu gewinnen?

Weimer: Natürlich nicht.

Wir sind das WELT-Investigativteam: Sie haben Hinweise für uns? Dann melden Sie sich vertraulich – per E-Mail (<mailto:investigativ@welt.de>) oder über den verschlüsselten Messenger Threema (X4YK57TU).

© PREMIUM-GRUPPE GmbH 2025

Ein **Axel Springer** Unternehmen

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung –
so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen <https://epaper.welt.de>